

HQ EUCOM

Kommandierender General des US European Command

Supreme Allied Commander Europe der NATO:

Mr. Philip M. Breedlove

*Patch Barracks
Kurmacherstrasse Gebaude 2304
70569 Stuttgart*

Anzeigenerstatter

Wird vom Kriegsgericht

bekannt gegeben

XXXXXXXXXXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

erstattet Eil - Strafantrag / Eil - Strafanzeige gegen

die Tätergemeinschaft des Vorstandes des deutschen Gerichtsvollzieherbundes e.V.
(DGVB) namentlich wie nachfolgend benannt:

**Deutscher Gerichtsvollzieher Bund e.V.
Mercatorstr. 3
59069 Hamm**

***Bundesvorsitzender:
Walter Gietmann
Nordwall 53, 47798 Krefeld***

**Stellvertretender Bundesvorsitzender:
Karl-Heinz Brunner
Heidebuckelweg 12, 69118 Heidelberg**

**Bundesgeschäftsführer
Detlef Hüermann
Mercatorstraße 3, 59069 Hamm**

Bundesschatzmeister:
Martin Graetz
Treskowallee 109, 10318 Berlin

die Tätergemeinschaft der Landesverbände wie namentlich genannt

Berufsverband der Gerichtsvollzieher
im Lande Hessen e.V.
Landesverband Hessen im Deutschen Gerichtsvollzieher Bund
Vorsitzender:
Michael Peller,
An der Dreispitz 9,
35641 Schöffengrund

Landesverband Baden Württemberg e.V.
Vorsitzender:
Rüdiger Majewski
Eisenbahnstraße 37 A
77815 Bühl

Landesverband Thüringen e.V.
Vorsitzender:
Andreas Zedel
Werneburgstr. 11
99817 Eisenach

Verein der Obergerichtsvollzieher im Kammergerichtsbezirk e.V.
Vorsitzender
Markus Oegel
Langschanweg 10
12355 Berlin

Deutscher Gerichtsvollzieher
Bund Landesverband Brandenburg e.V.
Vorsitzender
Rayk Gaasch
Geschäftsstelle:
Eschenweg 1 a
15518 Rauen

Landesverband Bremen e.V.
Vorsitzender:
Jürgen Borchert
Elbinger Str. 28,
28876 Oyten

Deutscher Gerichtsvollzieherbund
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Vorsitzende
Karina Arndt
Mecklenburgstraße 10 - 12
19053 Schwering

Landesverband Niedersachsen e.V.
Vorsitzender:
Wolfgang Küssner
Schwanenring 87
30627 Hannover

Deutscher Gerichtsvollzieherbund e.V.
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Vorsitzender:
Frank Neuhaus
Iltisweg 3
59759 Arnsberg

Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Vorsitzender:
Markus Greef
Bahnhofstraße 24
67655 Kaiserslautern

Landesverband Saar e.V.
Vorsitzender:
Sven Matthias
Goethestr. 16
66538 Neunkirchen

Landesverband Sachsen
Vorsitzender:
Lars Vollbarth
Elbstraße 28
01662 Meissen

Verband der Gerichtsvollzieher in Sachsen-Anhalt e.V.
Vorsitzender:
Roland Höhne
Dietrichsdorf Nr. 31
06895 Zahna-Elster

gegen die „Direktoren“ der Orts- und Amtsgerichte der Bundesländer der BRD Verwaltung

wegen gemeinsamen Verstoß gegen das

1.)

**Kontrollratsgesetz Nr. 2 (MRG Gesetz Nr. 2) insb. Art. I, III, IV, V, VI
Kontrollratsgesetz Nr. 4 Art. I (Umgestaltung des Deutschen
Gerichtswesens)
SHAFF Gesetz Nr. 53
Die Proklamation Nr. 1
und**

2.)

**wegen fortlaufender, ungesetzliche Anwendung ungültiger Gesetze und
Verweigerung die gültige Rechtsprechung nach dem
„Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im
Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz
vom 19. April 2006 anzuerkennen.**

3.)

**wegen der Verweigerung die Gesetze und Vorschriften der SHAFF
Gesetze und der Landkriegsordnung der alliierten
Hauptsiegermacht USA anzuwenden . Mit dieser Verweigerung der
Anwendung richtet sie sich gegen Vorschriften und gegen den
Willen der Hauptsiegermacht USA und die Menschen des besetzten
Gebietes der BRD – Verwaltung.**

4.) **SHAFF Gesetz Nr. 2, Artikel 5 „Befähigung der Richter,
Staatsanwälte...“ der Militärregierung heißt es: „Niemand kann als
Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren, falls er
nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat.“**

Der Anzeigenerstatter beruft sich auf die grundsätzliche Vorgehensweise der
US European Command (EUCOM)

Diese teilt den Opfern von Justizterror und Justizwillkür geschädigten
Menschen in Deutschland mit, dass die Besatzungsmächte es nicht länger
dulden, wie im besetzten Gebiet entrechtete Bürger mit Hilfe von
Scheinurteilen, Bußgeldbescheiden etc. ausgeplündert werden.

Alle HLKO-Verstöße werden von den Besatzungsmächten bestraft. Zu

diesem Zweck wurden in allen Ländern (Baden, Bayern etc.) Sammelstellen von Scheinurteilen u. Bußgeldbescheiden eingerichtet, welche diese dem „War Office of London“ zur Abrechnung vorlegt und zur Auszahlung an die Justizgeschädigten anweist.

Bei den geplünderten, insbesondere alten u. gebrechlichen Menschen durch die Tätergemeinschaft, kam es in der Vergangenheit zu schwersten psychischen und physischen Verletzungen, die nunmehr unter Androhung von Gefängnisstrafen und hohen Geldstrafen von den Militärstaatsanwälten geahndet werden.

Sämtliche Präsidenten der Firma „Gericht“ werden aufgefordert, ab sofort ihre dubiosen Handlungen (Androhung von Gerichtsvollziehern und der üblichen Zwangsversteigerungen der Bürgerhäuser) einzustellen, denn auch dieses ist nach den SHAEF- Gesetzen eine Straftat, die unter die HLKO fällt. Irgendwelcher Urteilsspruch, der bereits gefällt wurde oder hiernach in einem solchen Prozess gefällt wird, der ohne Bewilligung der Militärregierung des Sektors, in welchem sich das Eigentum befindet, eingeleitet wurde, ist nichtig.

Irgendwelche Maßnahme zur Durchsetzung eines solchen Urteilsspruches sind rückwirkend ungültig.

Ohne vorherige schriftlich erteilte Genehmigung der Militärregierung des Sektors, in welchem das Eigentum sich befindet, dürfen keine Schritte seitens irgendwelcher natürlicher oder juristischer Personen unternommen werden, um eine Entscheidung der Firma „Gerichte“ durchzusetzen oder auszuführen.

Nichtbefolgung dieser Anordnung stellt Verletzung eines Befehls der Militärregierung der Besetzungsbehörden dar und wird demgemäß bestraft. Richter und Notare, die ohne eine Genehmigung der Besatzungsmacht Urteile fällten, bzw. Bußgelder zur Konfiszierung veranlassten und dubiosen Gerichtsvollziehern (ohne Genehmigung) unter Gewaltanwendung kleinste Beträge bei unschuldigen Bürgern plünderten, werden zur Rechenschaft gezogen.

Die Zwangsvollstreckung ist grundsätzlich unzulässig, weil das Gesetz über die Zwangsvollstreckung aufgehoben wurde. (BGBl. 2006, Seite 875, Teil I, Nr. 18 vom 24.04.2006). Artikel 56 (310-10)

Aufhebung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung:

Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-10, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 7 Abs. 17 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), wird aufgehoben.

Dazu , BRD, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/4741 vom 21.03.2007
Deutscher Bundestag - 16. Wahlperiode - 35 - Drucksache 16/4741
Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung vom
26.05.1933 RGBl I 1933, 302

Laut Protokoll Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das gewisse Rechte und Freiheiten gewährleistet werden, die nicht bereits in der Konvention oder im ersten Zusatzprotokoll enthalten sind, in der Fassung des Protokolls Nr. 11 Straßburg, 16. IX. 1963
Art. 1 – Verbot der Freiheitsentziehung wegen Schulden.

„Niemand darf die Freiheit allein deshalb entzogen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen“.

Den Begriff des "Originals" gibt es in der ZPO nicht! Dieses Wort ist eine Erfindung der Richterschaft um von den gesetzlichen Regelungen nach §§ 315 und 317 ZPO abzulenken. Hier wird lediglich zwischen Urteil und Ausfertigung unterschieden!

Die Erzwingungshaft in der Firma BRD Verwaltung fußt auf altem NS-Gesetz und verstößt somit nach § 138 ZPO (vgl. Wahrheitspflicht) i. V. mit § 291 ZPO (vgl. Offenkundigkeiten) i. V. mit § 138 StGB (vgl. Anzeigepflicht) gegen das Grundgesetz der BRD Verwaltung und gegen die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Grundsätzen (Verstoß gg. GG Art. 139/Analog).

In diesem Zusammenhang wird hier auf das SHAEF- Gesetz Nr. 1(z. B. Art. 1 & 4), Kontrollratsgesetz Nr. 1 (Ausrottung der Nazigesetze vom 20. 09. 1945),

SMAD Befehl Nr. 2 Abs. 5 vom 10. 06. 1945, verwiesen.

Bei Zuwiderhandlungen gegen das Besatzungsrecht, die Völker- und Menschenrechte, sowie gegen die deutschen Rechtsnormen ergeht umgehend Strafantrag mit Strafverfolgung wegen der offenkundigen Verletzung der SHAEF- und SMAD- Gesetzgebung, sowie gegen die BKO und gegen die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Grundsätzen (vgl. Verstoß gg. GG Art. 139/Analog).

Ein sog. „Beamter“ muss beweisen, dass sein Verhalten nicht ursächlich ist/war.

Vorschrift: BGH NJW 83, 2241 (vgl. BAT § 14, BGB §§ 839, 840 in Folge mit BGB §§ 823, 826, 830).

Das Strafgesetzbuch von 1948 wurde von den Alliierten als bereinigt erklärt und am 22. Mai 1949 festgelegt.

Es besitzt volle Rechtskraft und durfte vom Besatzungskonstrukt „Bundesrepublik Deutschland“ niemals verändert werden, weil die Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit ein Staat war.

Alle vermeintlichen „Beamten“ in der vermeintlichen „Bundesrepublik“ haften privat und sind somit schadensersatzpflichtig gemäß BGB §§ 823, 839 i. V. m. VStGB § 5 (Unverjährbarkeit), i.V.m. VStGB § 9 (Kriegsverbrechen gegen Eigentum und sonstige Rechte).

Staatshaftungsgesetz

Das vermeintliche „Staatshaftungsgesetz“ von 1981 (StHG) in der BRD -Verwaltung wurde durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts v. 19.10.1982 (BverfGE 61.149) für nichtig erklärt.

Alle vermeintlichen „Beamten“ in den BRD – Verwaltungen insbesondere die Mitarbeiter aller gelisteten Unternehmen haften privat gemäß BGB § 839 [Haftung bei Amtspflichtverletzung] und sind somit schadensersatzpflichtig gemäß BGB §§ 823, 839 i. V. m. GG Art. 34 i. V. m. VStGB § 5

(Unverjährbarkeit), i.V.m. VStGB § 9 (Kriegsverbrechen gegen Eigentum und sonstige Rechte)

Gerichtsverfassungsgesetz

Gerichtsverfassungsgesetz § 15 – weggefallen es lautete ursprünglich:

§ 15 Alle Gerichte sind Staatsgerichte.

§ 16 Ausnahmegerichte sind unstatthaft.

In Territorium der BRD – Verwaltung ansässigen und tätigen Gerichte, verantwortlich die jeweiligen Direktoren, sind ohne Ausnahme Firmen und stehen im Handelsrecht. Das Handelsrecht kennt keine Gesetze die eine Zwangsvollstreckung vorsieht.

Die Gerichte des hiesigen Landes sind Freiwilligen- oder auch Ausnahme- oder Sondergerichte ohne hoheitsrechtliche Befugnisse und damit unzulässig.

Alle sogenannten „Hoheits“- und Verwaltungsakte, „Beschlüsse“, „Urteile“, „Haftbefehle“, „Bußgeld“-/„Steuer-Bescheide“, Hausdurchsuchungen, „Beschlagnahmen“, „Vollstreckungen“, Vollzugsmaßnahmen, Pfändungen etc.) waren und sind de jure null und nichtig, rechtsungültig, rechtsunwirksam und rechtswidrig, mithin kriminell und strafbar.

Damit gibt es **keine staatliche und keine freiwillige Gerichtsbarkeit** mehr.

Privatgerichte sind unzulässig und erfüllen den Straftatbestand nach „Alliierten Recht“ Damit hat man dem gesamten Justizwesen (Art. 92 104 GG) die gesetzliche Befugnis entzogen.

5. Alle Oberlandesgerichte, Landgerichte und Amtsgerichte im besetzten Gebiet dürfen ihre Tätigkeit nur wieder aufnehmen, wenn und so weit dies in schriftlichen Anordnungen der Militärregierung bestimmt wird.

Es ist eine offenkundige Tatsache, dass zu keinem Zeitpunkt jemals ein Gericht und kein Richter, Staatsanwalt, Notar und Rechtsanwalt eine Zulassung gemäß Militärregierungsgesetz hatte

Die Gerichtsvollzieherordnung liegt ab dem 01.08.2012 in geänderter Fassung vor.

§ 1 Rechtsstellung – aufgehoben

Danach ist der Gerichtsvollzieher kein Beamter .

Ihm wurden jegliche hoheitsrechtliche Befugnisse entzogen.

§2 Bei der ihm zugewiesenen Zwangsvollstreckung handelt der Gerichtsvollzieher selbstständig

§ 20 Allgemeines örtliche Zuständigkeit – aufgehoben!

Demnach haftet der Gerichtsvollzieher allumfassend für sämtliche Handlungen die er vollzieht. Er hat keinerlei Befugnisse, keinerlei Handlungsrechte.

Seit 64 Jahren treiben bundesdeutsche Justizbehörden ihre vermeintlich zustehenden Kosten gewaltsam auf der nichtigen Ermächtigungsgrundlage in Gestalt der ersatzlos mit dem Ende des NS-Terrorregimes am 09.05.1945 faktisch untergegangenen **Justizbetreibungsordnung** (*JbeitrO*) vom 11.03.1937 ein, auch wenn die auf das Bonner Grundgesetz vereidigten Amtstätter es betreiben nennen.

Beweis: Eine Naziverordnung

Strafprozessordnung : §159: Vollstreckung einer Geldstrafe

Für die Vollstreckung einer Geldstrafe gelten die Vorschriften der Justizbetreibungsordnung, soweit dieses Gesetz nicht anderes bestimmt..

Sie tun es von Anfang an wider besseren Wissens, denn das Militärgesetz Nr. 1 der alliierten Streitkräfte als auch das Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 20.09.1945 ließen keine Zweifel aufkommen, dass auch die vom Kriegsverbrecher Martin Schlegelberger unterzeichnete Hitler-Verordnung in Gestalt der JBeitrO vom 11.03.1937 ersatzlos untergegangen war.

Deklaratorisch bestätigt wurde dieses mit der „Tillessen/Erzberger-Entscheidung“ des Tribunal Général am 06.01.1947 in Rastatt, die die franz. Richter für allgemeingültig und für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsstellen damals sowie mit dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes gemäß Art. 139 GG auch für die drei Gewalten verbindlich erklärten.

Das hinderte jedoch die nur persilscheinentnazifizierte geistige Elite nach dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetz nicht daran, das ersatzlos untergegangene NS-Machwerk „JBeitrO v. 11.03.1937“ unter ausdrücklicher Verletzung der zwingenden Gültigkeitsvorschriften des Bonner Grundgesetzes sowohl was die Vorschriften für ein förmliches Gesetz gemäß

Art. 19 Abs. 1 GG als auch für die einer Rechtsverordnung gemäß Art. 80 Abs. 1 Satz 3 GG anbelangt, als gültige Rechtsvorschrift zu behandeln.

Klammheimlich wurde die ersatzlos untergegangene JBeitrO v. 11.03.1937 im Schatten des Rechtsvereinheitlichungsgesetz vom 12.09.1950 grundgesetzwidrig reaktiviert. Offiziell taucht dieses verfassungswidrige ersatzlos untergegangene Nazi-Machwerk als Anhang des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete des Kostenrechts vom 07.08.1952 in dessen Art. 9 namentlich auf. Das nächste Mal wird die nicht existierende NS-Vorschrift im Gesetz zur Änderung und Ergänzung rentenrechtlicher Vorschriften v. 26.07. 1957 namentlich erwähnt und verändert. Und sodann findet diese ersatzlos mit dem Untergang des NS-Terrorregimes ihr Ende gefunden habende NS-Vorschrift gegen jede verfassungsrechtliche und einfach gesetzlicher Regel widerspruchslos ihren Platz im Gesetz über die Sammlung von Bundesrecht vom 10. Juli 1958 unter BGBl. III, 365-1, obwohl die Eingangsformel jeden auf das Bonner Grundgesetz vereidigten öffentlich Bediensteten damals wie heute sofort hellhörig werden lassen muss, denn dort steht bis heute:

„Auf Grund des Artikels 5 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom **16. Februar 1934** (Reichsgesetzbl. I S. 91) in Verbindung mit Artikel VII des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung vom **13. Dezember 1935** (Reichsgesetzbl. I S. 1470) wird folgendes verordnet:“

Und aus § 19 dieses JBeitrO – Phantoms kann jeder Gesetzeskundige zweifelsfrei erlesen, dass es sich bei dem ursprünglichen Machwerk um nur eine sog. Rechtsverordnung gehandelt hat, die ohne eine sog. Delegationsnorm selbstständig nicht existieren kann und darf, denn dort heißt es bis heute:

„Diese **Verordnung** tritt am 01. April 1937 in Kraft.“

Bis heute hat der einfache „Gesetzgeber“ verfassungswidrig das ersatzlos untergegangene Machwerk des NS-Terrorregimes in Gestalt der im Gesetz über die Sammlung von Bundesrecht vom 10. Juli 1958 nicht weniger als 21 mal im Wege von Änderungsgesetzen geändert, ohne damit aber

Grundgesetzkonform eine gültige Rechtsverordnung oder gar eine gültiges Gesetz geschaffen zu haben. Eine einmal ersatzlos untergegangene Rechtsvorschrift ist unwiederbringlich erloschen. Da helfen auch keine gesetzgeberischen und / oder gerichtlichen Reanimationstricks.

1.

Vor genannten Gründen war Eil -Strafanzeige und Eil - Strafantrag gegen des genannten Täterkreises auf Grund fehlender Legitimation und exekutiver Anwendung erloschener grundrechtlicher und grundgesetzlicher Rechtsnormen-Gesetze, Widerstand gegen das Besatzungsrecht und damit verbundene Willkür, Amtsanmaßung, Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung, sowie VStGB § 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, VStGB § 9 Kriegsverbrechen gegen Eigentum und sonstige Rechte, sowie massive Verstöße gegen internationales Recht EMRK und IP 66 Art 6 – Recht auf faires Verfahren, Art 7 Keine Strafe ohne Gesetz, Art 13–Recht auf wirksame Beschwerde, Art 14 – Diskriminierungsverbot und aus all diesen rechtlichen Gründen zu stellen.

2. Eilantrag

Es wird beantragt den vollständigen Personenkreis der Gerichtsvollzieher im und Verantwortlichen der „Firmen Amtsgericht“ im besetzten Gebiet der BRD mit sofortiger Wirkung jegliche Handlungen zu untersagen.

Verantwortlich: Orts-und Zwangsversteigerungsgerichte. Der Anzeigen-erstatte übergibt zu diesem Zweck dem

Kommandierender General des US European Command

eine Auflistung der 436 illegal tätigen Amts-Zwangsversteigerungsgerichte des besetzten Gebietes der BRD Verwaltung bestehend aus 91 Blatt in der Anlage 2 - <http://www.justiz.de/OrtsGerichtsverzeichnis/index.php>

3. Verfahren- und Ermittlungsantragsantrag

Es wird beantragt, dass die Menschen im besetzten Gebiet der BRD Verwaltung von den Gerichtsvollziehern und Richtern (Schädigern) rückwirkend und vollständig entschädigt werden.

3.1

Dazu haben die Schädiger öffentliche Erklärungen in Rundfunk, Fernsehen und örtliche Presse auf ihre Kosten zu nutzen und abzugeben, die die Bekanntgabe der Rückerstattung zum Inhalt haben.

3.2

Die Kosten haben die (Schädiger) Richter der jeweiligen Amts- und Zwangsversteigerungsgerichte und die Gerichtsvollzieher zu gleichen Teilen zu übernehmen.

Sollte ein Richter/in zwischenzeitlich aus dem „Amt“ ausgeschieden sein, der in seiner „Amtszeit“ Zwangsvollstreckungsurteile verhängt hat haftet er ebenso zu 50 % gegenüber dem Geschädigten die sich aus seiner „Amtszeit“ ergeben haben.

3.3

Der Anspruch auf Entschädigung erhebt der Geschädigte direkt und wenn diese nicht mehr leben sollten, geht der Entschädigungsanspruch auf deren Erben bis in das 2. Glied zurück.

Die Rückabwicklung beginnt nachdem die Schädiger zu gleichen Teilen in der Presse anzeigen, dass die Geschädigte ihre Forderungen einbringen können.

Den Gerichtsvollziehern und Richtern ist wegen der örtlichen Zuständigkeit bekannt und aktenkundig welcher Personenkreis betroffen ist.

4. Feststellungsantrag

Es wird beantragt festzustellen, dass es sich bei der Tätergemeinschaft um eine kriminelle Vereinigung handelt. Die Verbindung zwischen der Gerichtsbarkeit im besetzten Gebiet der BRD durch Richter und deren Anwendung ungültiger Gesetze und ausführende Gerichtsvollzieher ist

gegeben. Die kriminelle Vereinigung ist jegliche weitere Tätigkeit zu untersagen. Aus dem beigefügten Auszug:

„Kurzbericht von der Generalversammlung der Deutschen
Gerichtsvollzieher-Genossenschaft e.G am 16.10.15“

geht zweifelsfrei hervor , dass zukünftig weitere kriminellen Handlungen von Zwangsenteignungen im Zusammenarbeit im großen Stil mit der BRD – Justiz vorgesehen ist!

5.

Es wird beantragt Richter und Gerichtsvollzieher vor einem Militärgericht zu verurteilen. Es ist erwiesen dass sich dieser Personenkreis auf die Nichtanerkennung „Rechtskraft der Bereinigungsgesetze seit der Veröffentlichung am 25. April 2006 “ besteht und weiter strafbare Handlungen gegen die Menschen im besetzten Gebiet ausführen.

Ihnen ist bekannt, dass dem 30. November 2007 das Gerichtsverfassungsgesetz, die Zivilprozessordnung (ZPO) und die Strafprozessordnung (StPO) keine Gültigkeit mehr haben und daher nicht mehr angewendet werden dürfen.

6.

Es wird beantragt die Richter vor einem Militärgericht zu verurteilen wenn es erwiesen ist, dass sie ohne Genehmigung der schriftlichen Anordnungen der Militärregierung tätig werden. Es ist erwiesen, dass die deutsche Gerichtsbarkeit nicht nur Nazigesetze sondern auch Gesetze zur Anwendung bringt, zu deren Anwendung jegliche rechtlichen Grundlage fehlen.

**Nationalsozialisten und deren Anhänger die bis heute nichts aus der
Geschichte gelernt haben , sowie Diejenigen, die zur indirekten oder
auch direkten Anwendung dieser verbrecherischen Ideologie weiterhin
Stillschweigen bewahren indem sie diese Ideologie in Anwendung
bringen, gehören vor ein Kriegsgericht!**

Die Feststellung, dass Richter mit der tätigen Beihilfe durch Verurteilungen als Hilfeleistung gilt, ist in diesem Sinne grundsätzlich jede Handlung anzusehen, die die Herbeiführung des Taterfolges durch den Haupttäter objektiv fördert oder erleichtert; dass sie für den Eintritt dieses Erfolges in seinem konkreten Gepräge in irgendeiner Weise kausal wird, ist nicht erforderlich. Diese Voraussetzungen treffen auf die Tatbeiträge des Angeklagten zu.

Hochachtungsvoll

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Anlage 1:

Kurzbericht von der Generalversammlung der Deutschen Gerichtsvollzieher-Genossenschaft e.G am 16.10.15

Die 108 Delegierten des Bundeskongresses des DGVB haben mit drei Gegenstimmen und 5 Enthaltungen nachstehenden Beschluss verabschiedet:

1. Der DGVB sieht für die Zukunft der Zwangsvollstreckung und des deutschen Gerichtsvollzieherwesens nach wie vor Reformbedarf.
2. Dieser Reformbedarf erstreckt sich in erster Linie auf Verbesserungen im derzeitigen beamteten System mit dem Ziel, das Aufgabengebiet der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zu erweitern, die Ausbildung und Status den bereits jetzt erweiterten und zukünftigen Amtsinhalten anzupassen sowie eine amtsangemessene Besoldung und eine leistungsgerechte Vergütung zu erreichen.
3. Die Rechtsstellung der Gerichtsvollzieher/innen sollte über die bisherige, nur punktuelle Regelung in § 154 GVG hinaus in einem bundeseinheitlichen Gerichtsvollziehergesetz als Ergänzung zu § 154 GVG geregelt werden, in dem eine bundeseinheitliche (Fach-)Hochschulausbildung sowie der grundsätzliche Kompetenzbereich festgelegt wird. Hierbei ist das eigenständige Berufsbild der Gerichtsvollzieherin / des Gerichtsvollziehers zu schaffen, wie es in den meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union systemunabhängig Standard ist.
4. Die Gerichtsvollzieherin / der Gerichtsvollzieher ist als selbstständiges und zentrales Vollstreckungsorgan zu erhalten und zu stärken. Eine dezentrale Büroorganisation mit eigenem Geschäftszimmer ist aus Gründen der erforderlichen Flexibilität unverzichtbar.
5. Dieser Beschluss ersetzt die auf den Bundeskongressen der Jahre 2007 und 2011 gefassten Entschlüsse zu einem freien oder beliebigen Gerichtsvollzieherssystem, die nicht weiter verfolgt werden.

“Um dem mit der Reform der Sachaufklärung verbundenen Willen des Gesetzgebers nach einer effektiveren Zwangsvollstreckung Rechnung tragen zu können, muss das Aufgabenfeld des Gerichtsvollziehers noch um die Zuständigkeit für die Pfändung von

Forderungen des Schuldners an Dritte erweitert werden, damit eine Zwangsvollstreckung „aus einer Hand“ gewährleistet werden kann und unnötige Umwege vermieden werden.

Hierbei kann das Zeitfenster für eine erfolgreiche Vollstreckung erheblich verkürzt und somit ein Beitrag zur Steigerung der Effizienz geleistet werden. Auch ein außergerichtliches Tätigwerden des Gerichtsvollziehers (Einziehungsverfahren, Tatsachenfeststellungen) kann zu einer solchen Effizienzsteigerung beitragen und sollte ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich des Gerichtsvollziehers gehören.


Die Regelungsnorm des § 154 GVG als Grundlage **des Gerichtsvollzieherberufes** ist nicht mehr zeitgemäß und entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein modernes Vollstreckungsorgan”

Aus diesem Grunde strebt der DGVB eine bundeseinheitliche (Fach)Hochschulausbildung für die Gerichtsvollzieher an, legt aber Wert darauf, dass geeignete Bewerber aus dem mittleren Justizdienst oder aus vergleichbaren Justizbeschäftigungsverhältnissen als Aufstieg auch zukünftig Zugang zum Beruf des Gerichtsvollziehers haben müssen. Eine umfassende und bestmögliche Ausbildung der Gerichtsvollzieher ist Grundlage und Voraussetzung für eine **effektive Zwangsvollstreckung**.

Schaut man sich das Ausbildungs- und Kompetenzniveau der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher.

Anlage 3

<http://www.zvg-portal.de/>



Zwangsversteigerungstermine

Sie sind hier: [Startseite](#)

Termine suchen

Übersicht

Hinweise für Bieter

Bieter Handbuch

Startseite

Impressum

Rechtliche Hinweise

Kontakt

ServiceCenter

0211 837 1917

redaktion@justiz.de

Suche

Startseite

Mit diesem Portal haben die Landesjustizverwaltungen eine Plattform zur Information über Zwangsversteigerungsverfahren geschaffen. Ab dem 01.03.2007 werden von den in der [Übersicht](#) aufgeführten Amtsgerichten die Veröffentlichungen zu Zwangsversteigerungsverfahren über dieses Portal bekannt gemacht.

Darüber hinaus werden im Zuge einer Pilotierung von einigen Amtsgerichten auch Gutachten, Exposees und Fotos von Objekten zum Download bereitgestellt. Dieses Angebot erfolgt zusätzlich zu den üblichen Veröffentlichungen und ist zur Zeit kostenlos.

Ob Gutachten, Exposees oder Fotos vorhanden sind, sehen Sie, wenn Sie in der Terminübersicht durch Anklicken des jeweiligen Aktenzeichens die vollständige Ansicht eines Termins aufrufen.

Weitere Infos

Justizportal des Bundes und der Länder

Gemeinsames Registerportal der Länder